

Pressemitteilung

## **Ein Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit: Aus der Coronapandemie lernen, Chancen ergreifen**

**München, 16.12.2021** - Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition sieht die Einrichtung eines neuen Instituts für öffentliche Gesundheit am Bundesministerium für Gesundheit vor. Diesbezüglich fordern Public-Health-Wissenschaftler:innen, aus der Corona-Pandemie zu lernen und Probleme anzugehen, die während der Pandemie offen zu Tage getreten sind.

Als ein großes Problem sehen die Public-Health-Expert:innen die unzureichende Gesundheitskommunikation zur Corona-Pandemie. Professor Ansgar Gerhardus, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH), führt dazu aus: „Das Institut sollte für eine Gesundheitskommunikation sorgen, die besser bei den Zielgruppen ankommt und die verschiedenen Lebenswelten berücksichtigt.“ In Zusammenarbeit mit akademischen Einrichtungen muss herausgefunden werden, welche Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitsschutzes tatsächlich wirksam sind. Dafür sollten im neuen Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit Ressourcen vorgesehen und Fördermittel vergeben werden.

Professorin Eva Grill, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie (DGEpi), betont: „Systematische Recherchen, Analysen und Leitlinien sind für Public-Health-Maßnahmen genauso wichtig wie für die klinische Medizin.“ Das neue Bundesinstitut sollte eine koordinierende Funktion für Gesundheitsthemen über die politischen Ressorts hinweg und für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) wahrnehmen. Die Aufgaben des neuen Instituts, von akademischen Einrichtungen in Deutschland und des RKI sollten transparent entwickelt und aufeinander abgestimmt werden.

Professor Christian Apfelbacher, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP) sagt: „Besondere Bedeutung hat dabei, in deutlich größerem Umfang als bisher relevante Datensätze zusammenzuführen und auch für die Forschung durch Dritte zeitnah zur Verfügung zu stellen, wie es in anderen Ländern üblich ist.“ Einig sind sich die Expert:innen: Das neue Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit bietet die große Chance, Public Health in Deutschland neu aufzustellen und zu stärken.

Hier geht es zur [Stellungnahme zum geplanten Institut für öffentliche Gesundheit](#).

### **Ansprechpartner:**

**Prof. Dr. Christian Apfelbacher PhD**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP)

Email: [gs@dgsmp.de](mailto:gs@dgsmp.de) bzw. [christian.apfelbacher@med.ovgu.de](mailto:christian.apfelbacher@med.ovgu.de)

Web: [www.dgsmp.de](http://www.dgsmp.de)

**Über die DGSMP:** Die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention e.V. wurde im Jahr 1963 als wissenschaftliche medizinische Fachgesellschaft für Sozialmedizin gegründet. 1987 erfolgte die Ergänzung um den Bereich „Prävention“. Die DGSMP fördert Forschung, Lehre und Praxis in Sozialmedizin und Prävention und führt Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Disziplinen zusammen. Ihr gehören über 500 Mitglieder an, die u.a. aus Gesundheitswissenschaften, Medizin und Sozialwissenschaften stammen. Die DGSMP ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF). Weitere Informationen unter [www.dgsmp.de](http://www.dgsmp.de)